

Jugend & Familie

Ausgabe September / Oktober 2019 / Nr. 9

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», Postfach 4053, 8021 Zürich



Noch prägt zwar ein Kreuz die Bundeshauskuppel. Doch fragt es sich, inwieweit die im Parlament vertretenen Parteien noch für ein christliches Welt- und Menschenbild einstehen.

Wo stehen die Parteien punkto Familie?

Jeder entscheidet vor seinem Gewissen, wen er oder sie ins Parlament entsenden will. Der folgende Artikel gibt jedoch einen Überblick, wo die Parteien in für uns zentralen Fragen stehen.

Am 20. Oktober finden Nationsratswahlen und in gewissen Kantonen auch Ständeratswahlen statt. Damit legen wir fest, wer uns die nächsten vier Jahre im Parlament vertritt. Parlamentarier sind wichtig und haben grossen Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft und die Gesetze unseres Landes.

Unsere Forderungen

Unsere Arbeitsgruppe «Jugend und Familie» setzt sich ein für Ehe und Familie, gegen Abtreibung und Euthanasie und für die tragenden christlichen Werte in Schule, Staat und Gesellschaft. Ein grosser Teil der Anforderungen, die wir an Nationalratskandidaten stellen, ist damit definiert. So können wir beispielsweise keine Wahlkandidatinnen und -kandidaten unterstützen, welche die Fristenlösung oder kommerzielle Suizidbeihilfe (Exit, Dignitas) gutheissen.

Auch im Bereich Ehe und Familie wird es schwierig. Ein Beispiel ist die CVP. Die Christlich-demokratische Volkspartei – mit dem «C» im Namen – setzt sich zwar eifrig für die Beseitigung der

sog. Heiratsstrafe ein. Dies ist wichtig und die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren muss dringend korrigiert werden. Andererseits hat ausgerechnet die CVP viele familienfeindliche Vorlagen unterstützt.

CVP für Genderismus-Konvention

Ein Beispiel bietet die sog. «Istanbul-Konvention» der UNO. Dabei handelt es sich um das erste internationale Abkommen, welches das Geschlecht im Sinne der Gender-Ideologie explizit als blosses soziales Konstrukt definiert. Am 27. Februar 2017 stimmten – mit einer einzigen Ausnahme (Isidor Baumann, UR) – sämtliche CVP-Ständeräte für einen Beitritt der Schweiz zu dieser verhängnisvollen Konvention. Und im Nationalrat war am 31. Mai 2017 gar die gesamte CVP-Fraktion geschlossen dafür. Die CVP gab damit mit der Linken den Ausschlag für den Beitritt.

CVP für Strafrechtserweiterung «sexuelle Orientierung»

Dasselbe gilt für die Ausdehnung der

Nationalratswahlen

Liebe Leserin,
lieber Leser,



Als Christen sind wir aufgerufen, für unsere Regierenden zu beten: «So ermahne ich nun, dass man vor allen Dingen tue Bitte, Fürbitte und Danksagung für alle Menschen, für die Könige und für alle Obrigkeit, damit wir ein ruhiges und stilles Leben führen können in aller Frömmigkeit und Ehrbarkeit.» (1. Timotheus 2, 1–2)

Allerdings verschlechtern sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen rapide, um «in Frömmigkeit und Ehrbarkeit ein ruhiges und stilles Leben» führen zu können. Die christlichen Grundwerte sind gefährdet.

Abtreibung ist zur «Lösung», zur Fristen«lösung» geworden. An öffentlichen Schulen wird die Frühsexualisierung gefördert. Und während viele Familien materiell und ideologisch unter Druck stehen, basteln unsere Politiker eifrig an einer «Ehe für alle».

Mit den Wahlen vom 20. Oktober können wir dies korrigieren. Wir sollten deshalb sorgfältig prüfen, wen wir ins Parlament wählen. Mit diesem Rundbrief geben wir zwar keine konkreten Wahlempfehlungen, aber immerhin einen kleinen Überblick zu den Parteien.

In herzlicher Verbundenheit

Käthi Kaufmann-Egger
Präsidentin

Antirassismus-Strafnorm (Art.261^{bis} StGB) auf die «sexuelle Orientierung» (Initiative Reynard, SP/VS). Hier war ebenfalls die CVP entscheidend: In der Schlussabstimmung vom 14. Dezember 2018 stimmte die CVP-Nationalratsfraktion geschlossen für die Strafrechtsänderung. Anfangs 2019 mussten wir deshalb das Referendum ergreifen.

Fortsetzung auf Seite 2

Die Volksabstimmung steht noch bevor.

CVP für «Ehe für alle»

Ähnlich sieht es bei der «Ehe für alle» aus. Auch dort sympathisiert eine Mehrheit der CVP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier für die von der Linken initiierte «Öffnung der Ehe». In der Vernehmlassung äusserte sich die Partei wie folgt:

«Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung eine <Ehe für alle> befürwortet, so auch in der CVP-Basis. Für eine Mehrheit der CVP soll darum die Gesetzgebung in diesem Bereich im Sinne einer Öffnung der Ehe angepasst werden. Die Öffnung der Ehe hat insbesondere Einfluss auf die Bürgerrechtsvoraussetzungen sowie den Zugang zum Adoptionsrecht. Eine Mehrheit der CVP bietet Hand für die Umsetzung der Anliegen der Kernvorlage.»

Selbst den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin für gleichgeschlechtliche Paare lehnt die CVP explizit nicht ab. Das Beispiel zeigt wunderschön, wie die sog.

Wertepartei bei Bedarf beliebig Werte über Bord wirft und auf der Welle des Zeitgeistes schwimmt.

EDU und EVP

Von den kleineren christlichen Parteien ist momentan nur die EVP im Parlament vertreten. Sie lehnt sich jedoch oft an den CVP-Schlingerkurs an – beispielsweise in der taktisch entscheidenden Abstimmung vom 3. Dezember 2018 zur Ausweitung von Art.261^{bis} StGB («Schutz sexueller Orientierung»), als beide EVP-Nationalratsmitglieder für die Vorlage stimmten. Demgegenüber lehnt die EVP die «Ehe für alle» ab und will auch die Adoptionsbedingungen nicht öffnen. Das Parteiprogramm hält fest: *«Die Ehe zwischen Mann und Frau bildet den Kern der Familie. Sie soll gegenüber anderen Formen des Zusammenlebens privilegiert bleiben und geschützt werden.»* Privilegien der Ehe sollen beibehalten, d.h. weder aufgehoben oder abgewertet, noch auf andere Verbindungen ausgedehnt werden. Dies hinderte allerdings EVP-Nationalrat Nick Gugger nicht, sich am 6. August

2019 im Schweizer Fernsehen vehement für die «Ehe für alle» einzusetzen.

Obwohl sie gegenwärtig nicht im nationalen Parlament vertreten ist, zeichnet sich die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) durch einen geradlinigen Kurs aus, der klar auf einem christlichen Welt- und Menschenbild beruht. Es wäre schön, wenn die EDU wieder im Nationalrat vertreten wäre.

SVP: Für die traditionelle Familie

Betrachtet man die aufgeworfenen Themen (Istanbul-Konvention, Erweiterung Art.261^{bis} StGB und «Ehe für alle») deckt sich das Stimmverhalten der gegenwärtigen SVP-Parlamentsmitglieder am ehesten mit dem weltanschaulichen Auftrag unserer Arbeitsgruppe «Jugend und Familie». So hat kein einziges SVP-Parlamentsmitglied für eine Ausweitung von Art.261^{bis} StGB gestimmt. Bei der Schlussabstimmung zur «Istanbul-Konvention» stimmten 49 SVP-Mitglieder gegen einen Beitritt und nur zwei dafür.

Klar gegen «Homo-Ehe»

Besonders deutlich wird die SVP in ihrer Stellungnahme zur «Ehe für alle». So schreibt die Partei: *«Schlussendlich ist die Vorlage verfassungswidrig. Der in Artikel 14 BV (Grundrecht auf Ehe) verwendete verfassungsmässige Ehebegriff schränkt vorliegend den Gesetzgeber ein. Zuerst ist eine Verfassungsänderung erforderlich, bevor das Rechtsinstitut der Ehe für Personen gleichen Geschlechts geöffnet werden könnte. In diesem Licht ist ebenfalls der Titel der Vorlage <Ehe für alle> zu würdigen: Dieser ist offensichtlich irreführend. Gemeint ist weder eine Ehe für Unmündige, noch eine zwischen Geschwistern oder Vater und Tochter. Ebenso wenig sollen Polygamie oder Polyandrie zugelassen werden. Sondern zur Diskussion steht lediglich die Beziehung zwischen homosexuellen Frauen oder Männern. Es geht also genau genommen um das Rechtsinstitut der sog. <Homo-Ehe>. Im Sinne der vorangehenden Erwägungen greift ein Überbieten der eingetragenen Lebenspartnerschaft zu einer Ehe im Kern in eine gewachsene Wirklichkeit bzw. in eine über Jahrhunderte gefestigte Wahrnehmung ein, welche sich in Artikel 14 BV widerspiegelt.»*

Grün-Sozialisten: Entzug der elterlichen Erziehungshoheit

Bei den Liberalen und den Grün-Sozialisten ist die Situation fundamental anders. Sie erheben nicht den Anspruch, ein christliches Welt- und Menschenbild zu vertreten. Entsprechend existiert für Liberale und Sozialisten nur das *Individuum und der Staat*. Demgegenüber ist für uns als Christen weltanschaulich die *Familie die Keimzelle des Staates*.

SVP-Stellungnahme zur «Ehe für alle»

«Vorab ist für die SVP klar, dass die Familie und mit ihr die Ehe zwischen Mann und Frau eine tragende Säule unserer Gesellschaft bildet. So will die SVP keine Vielehen, keine absolute Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft mit der Ehe und keine Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare oder so genannte Einelternfamilien.

Seit der Einführung der eingetragenen Partnerschaft in der Schweiz im Jahr 2007 haben zwei Personen gleichen Geschlechts die Möglichkeit, ihre Beziehung rechtlich abzusichern. Die **eingetragene Partnerschaft** wird beim Zivilstandsamt beurkundet und stellt eine Lebensgemeinschaft mit **ehähnlichen** gegenseitigen Rechten und Pflichten dar. In diesem Sinne könnte man meinen, dass der rechtliche Rahmen einer «eingetragenen Partnerschaft» weitere Rechte überflüssig machen könnte.

Zentral ist vorliegend, dass obwohl sich die Kommission «bewusst» ist, *«dass eine **kohärente Gesetzgebung** eigentlich eine Regelung sämtlicher im vorliegenden Kontext auftretenden Fragen... erforderlich machen würde»*, sie bewusst *«möglichst rasch»* eine Ehe für Alle einführen will. Hierfür wird das Anliegen auf eine sog. «Kernvorlage» reduziert und der Bericht hält wortwörtlich fest, dass mit einer umfassenden Revision teilweise sehr umstrittene Themenfelder betroffen wären, deren Neuregelung bereits in der Vergangenheit gescheitert ist: *«Die Aufnahme dieser Fragen würde den Erfolg der Vorlage als Ganzes gefährden»*. Gewisse Fragestellungen seien *«erst im Rahmen einer oder mehreren nachfolgenden Revisionen zu beheben»*.

Im Klartext bedeutet diese unhaltbare, irreführende Salamtaktik, dass in einem ersten Schritt der Wortlaut von Ehemann und

Ehefrau resp. von Braut und Bräutigam im Gesetz überall *«geschlechtergerecht»* anzupassen sei (z. B. Eheleute statt Ehegatten, oder *«die verheiratete Person»*). Hingegen sollen die heissen Eisen, die vor allem dort bestehen in denen das geltende Recht eine Unterscheidung nach dem Geschlecht trifft, wie beispielsweise der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin, in nachfolgenden Revisionen erfolgen. Die Vorgehensweise der Kommission mittels Salamtaktik lehnt die SVP entschieden ab, die irreführende Spaltung der Vorlage nach dem Motto, der Zweck heiligt die Mittel, ist auch im Lichte der gewichtigen, gesellschaftlichen Bedeutung vollkommen unwürdig.

Schlussendlich ist die Vorlage **verfassungswidrig**. Der in Artikel 14 BV (Grundrecht auf Ehe) verwendete verfassungsmässige Ehebegriff schränkt vorliegend den Gesetzgeber ein. Zuerst ist eine Verfassungsänderung erforderlich, bevor das Rechtsinstitut der Ehe für Personen gleichen Geschlechts geöffnet werden könnte. In diesem Licht ist ebenfalls der Titel der Vorlage «Ehe für alle» zu würdigen: Dieser ist offensichtlich irreführend. Gemeint ist weder eine Ehe für Unmündige, noch eine zwischen Geschwistern oder Vater und Tochter. Ebenso wenig sollen Polygamie oder Polyandrie zugelassen werden. Sondern zur Diskussion steht lediglich die Beziehung zwischen homosexuellen Frauen oder Männern. Es geht also genau genommen um das Rechtsinstitut der sog. «Homo-Ehe». Im Sinne der vorangehenden Erwägungen greift ein Überbieten der eingetragenen Lebenspartnerschaft zu einer Ehe im Kern in eine gewachsene Wirklichkeit bzw. in eine über Jahrhunderte gefestigte Wahrnehmung ein, welche sich in Artikel 14 BV widerspiegelt.»

(21. Juni 2019)

Während Grüne und Sozialisten am liebsten den Eltern die Erziehungshoheit gleich ab Geburt ganz entziehen und in staatliche Hände legen würden («Politik der frühen Kindheit»), setzen die Liberalen mehr auf Eigenverantwortung. Zwar ist auch die FDP für einen Ausbau der Krippenfinanzierung, aber eher aus wirtschaftlichen, denn aus ideologischen Gründen (mehr berufstätige Mütter).

Liberaler: Familie kein Thema

Während die Grünliberalen in gesellschaftspolitischen Fragen scharf links stehen, sind FDP-Parlamentarier oft unterschiedlich aufgestellt. So sind einerseits die Grünliberalen treibende Kraft hinter der «Ehe für alle». Umgekehrt waren einzelne FDP-Ständeräte (beispielsweise Caroni FDP/AR) pointiert gegen eine Ausweitung von 261^{bis} StGB. Bei der «Istanbul-Konvention» war ebenfalls eine Mehrheit der FDP-Ständeräte gegen einen Beitritt.

Vielleicht kann jemand helfen?

- **Querflöte:** Die kleine Marina (Bild rechts) wohnt in der Nähe von Olten und ist acht Jahre jung. Sie würde gerne Querflöte spielen lernen. Allerdings ist für die fünfköpfige Familie ein neues Instrument viel zu teuer. Vielleicht wartet ja irgendwo eine Querflöte auf einen neuen Einsatz?
- **Damenvelo gesucht:** Mama Cornelia hat drei Kinder (3, 8, 12 J.), wohnt in Hergiswil und muss ziemlich knapp durch. Gerne würde sie mit ihrem ältesten Sohn hin und wieder eine Velotour machen. Dafür sucht sie ein Damenfahrrad mit tiefem Einstieg.
- **Elektrofahrrad:** Eine Mutter im Kanton Bern fährt täglich zum Einkaufen für ihren Mann und die drei Jungs mit dem Velo ins nahe Dorf. Inzwischen hat sie starke Gelenkschmerzen und wäre sehr dankbar für ein Elektrovelo. Vielleicht kann jemand eines entbehren.
- **Neues Heim gesucht:** Eine liebenswürdige Schweizer Familie aus dem Baselbiet schreibt uns: «Wir sind längerfristig auf der Suche nach einer Wohnung/Haus in der Region Liestal/Reigoldswil/Bubendorf/Lausen. Wir haben 4 kleine Kinder und suchen darum etwas mit 5 Zimmern aufwärts. Toll wäre Zugang zu einem Garten oder nahe bei Wald/Grünfläche. Da wir sehr wohl sind in unserer momentanen Wohnung, <pressiert> es nicht... aber falls jemand etwas wüsste, so wäre es seeeehr hilfreich!»



**Hinweise bitte an kaufmanns@livenet.ch oder
Telefon 031 351 90 76. Vielen Dank für jeden Hinweis!**

Hilfe, die ankam!

- **Einsatz bei einer Bauernfamilie:** Eine sechsköpfige Gruppe junger Christen der Missionsgemeinde Lyss leistete anfangs August einen tatkräftigen Einsatz auf einem abgelegenen Bauernhof im Zürcher Oberland. Der Vater muss 60% auswärts arbeiten und die Familie hat deshalb keinerlei Reserven an Zeit und Geld. Auf Feld und Hof liegt vieles im Argen. Bei ihrem Einsatz kamen die 13/14-jährigen Jugendlichen mit Holzhacken, Schafgatter und Ausläufe waschen und weiteren schweren Arbeiten oft fast an ihre Grenzen. Segensreiche Zeiten durften sie mit den vier Kindern der Bauernfamilie verbringen – so jeweils abends beim Spiele machen. Geschlafen wurde auf dem Heuboden. Für den Herbst plant Gemeindeleiter Raphael Hadorn einen weiteren Einsatz mit seiner Gruppe.



Bild links: Gemeindeleiter Raphael Hadorn beim Melken. Mitte: abends beim Spiele machen. Rechts: eines der Mädchen beim Reinigen der Gatter.

Kurzmeldungen

Neue KVG-Volksinitiative

Die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) hat am 27. August eine neue Volksinitiative «Neufinanzierung der

Pflege – Krankenkassenprämien senken» gestartet. Sie strebt damit einen teilweisen KVG-Systemwechsel an: Neu wäre das Krankenpflegeangebot (ausgenommen: Unterkunft und Verpflegung) aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Gegenwärtig werden von den ausgewiesenen Pflegekosten etwa 3 Mia.

Franken durch die Krankenkassenprämien (obligatorische Grundversicherung) gedeckt. Wenn der Bund diese Kosten übernehme, könnten die Kas sen die Prämien senken. Pro versicherte Person ergäbe dies nach Rechnung der EDU eine Reduktion von gegenwärtig 7% (375.– Franken im Jahr 2018).

Familienferien für alleinerziehende Mütter und ihre Kinder



Jeden Sommer dürfen wir im Rahmen unseres Programms «Familienferien» zahlreiche alleinerziehende Mütter und ihre Kinder in die Ferien schicken. Dieses Jahr konnten 11 Erwachsene und 20 Kinder die Woche vom 21.–27. Juli im Zentrum Neu-Schönstatt in Quartan verbringen. Von Schwester Monja Schnyder (Bild rechts) werden die be-

treffenden Mütter jeweils liebevoll motiviert, für sich und ihre Kinder für das Leben Verantwortung (auch im Glauben) zu übernehmen. Die Kosten werden von unserer Arbeitsgruppe «Jugend und Familie» und den Schönstatt-Schwestern je zur Hälfte geteilt, die Mütter selbst bezahlen einen kleinen Anteil (so viel ihnen möglich ist).



Eine ähnlich fruchtbare Zusammenarbeit für kinderreiche Familien haben wir ebenfalls schon seit vielen Jahren mit der christlichen Gemeinschaft Gütli Mettmenstetten, mit dem Centro Evangelico in Magliaso, dem Hotel Paladina in Pura, der Casa Moscia in Ascona und weiteren Hotels der Vereinigung Christlicher Hotels der Schweiz (VCH).

Bereits kurz zuvor präsentierte die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) die Forderung, die Langzeitpflege in die einheitliche Finanzierung von stationären und ambulanten Leistungen des Gesundheitswesens zu integrieren. Dieser Ansatz geht in dieselbe Richtung und würde zu einer Entlastung von Kantonen und Gemeinden führen, die in den nächsten Jahren unter explodierenden Pflegekosten zu ersticken drohen.

Allerdings geht die EDU-Initiative weiter und würde eine in die Bundesrechnung integrierte Vollkostenrechnung schaffen. Die EDU ist überzeugt, dass

damit strukturelle Fehlentwicklungen besser erkannt und schneller korrigiert werden könnten. (EDU)

Frankreich: Künstliche Befruchtung für alle Frauen

Die Regierung Macron hat Ende Juli ein Gesetz vorgelegt, das lesbischen Paaren und Single-Frauen Kinder ermöglichen soll. Bis jetzt steht die künstliche Befruchtung nur heterosexuellen Paaren offen, die auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen können. Der Entwurf für das sogenannte bioethische Gesetz sieht auch eine Abschaffung der bisherigen Bedenkfrist von einer Woche

für Abtreibungen vor und sorgt für heftige Debatten. (afp)

Neue Auflagen für Scheidungen in Dänemark

Die Scheidung von Eltern minderjähriger Kinder ist in Dänemark nicht mehr so leicht wie früher. Sie müssen einen obligatorischen Kurs zum Schutz der Kinder belegen und drei Monate warten, bevor die Scheidung in Kraft tritt. Vor Einführung dieser Hürde war es für die Dänen recht einfach, eine Scheidung im «gegenseitigen Einvernehmen» zu bekommen – das Ausfüllen eines Online-formulars beendete die Ehe, ohne Wartezeiten oder Richterentscheid. (idea)

Gebetsanliegen des Monats:

Wir beten

- Für eine Mutter mit drei Kindern im Kanton Solothurn: Dass die Familie guten Mut behält, auch wenn der verstorbene Papa so unendlich fehlt.
- Für eine Familie im Aargau, die sich bereits auf ihr viertes Kind freute – leider vergeblich.
- Für eine Ostschweizer Familie mit vier Kindern, die eh schon finanzielle Sorgen quälen: Dass die Mutter den Lungenkrebs überwinden kann.
- Für einen alleinerziehenden Vater von fünf Kindern – eines davon behindert – im Kanton St.Gallen: Dass er dank der von uns vermittelten Ersatzgrossmutter allmählich etwas gelassener in die Zukunft schauen kann.
- Für gute und verantwortungsvolle Politiker und Regierende in unserem Land.

Impressum:

Erscheinungsweise: monatlich
Jahresabonnement: Fr. 20.–
Spendenkonto:
IBAN: CH02 0077 9014 0157 5230 1
Redaktion dieser Ausgabe:
Käthi Kaufmann, Bürglenstrasse 31,
3006 Bern, Tel. 031 351 90 76
E-Mail: kaufmanns@livenet.ch
www.jugendundfamilie.ch
Hilfesuche betreffend Familien in Not
sind zu richten an:
Mirjam von Alvensleben, Waldastrasse 2,
9500 Wil, Telefon 061 554 91 25
Adressänderungen bitte an den Verlag:
Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»
Postfach 4053, 8021 Zürich
Druckerei: Schmid-Fehr AG, 9403 Goldach